

Editorial



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Gewerkschaften und Linke wollen die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Swisscom zementieren – und setzen gerade damit das längerfristige Überleben des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel. Denn ohne unternehmerischen Freiraum kann sich im weltweit liberalisierten Markt kein

«Grundversorgung bleibt garantiert»

Telecom-Anbieter behaupten. Die Swisscom ist ganz einfach zu klein, um im Alleingang zu überleben. Andere Länder wie Dänemark oder Portugal haben dies längst erkannt und ihre ehemaligen Staatsbetriebe in die unternehmerische Freiheit entlassen. Wir hinken wieder einmal hintennach. Dabei führt gerade der Telecombereich, wo sich die Preise in den letzten Jahren halbiert haben, die positiven Effekte von Liberalisierung und Wettbewerb vor Augen. Mit einer Gefährdung des Service public hat dies alles nichts zu tun: Die Grundversorgung bleibt in der Schweiz gesetzlich garantiert und wird auch inskünftig über die Erteilung von Konzessionen sichergestellt.

Schreiben Sie an:
rudolf.ramsauer@
economiesuisse.ch

Schwerpunktthema

economiesuisse befürwortet einen Durchbruch an der WTO-Ministerkonferenz vom November 2001 in Katar.

Seite 2 ▶

AHV: Nationalrat verfehlt Sanierungsziel

Der Nationalrat als Erstrat verabschiedete in der Gesamtabstimmung die 11. AHV-Revision hauchdünn. Gemäss den Beschlüssen des Erstrates werden mit der 11. AHV-Revision nicht – wie vom Bundesrat vorgesehen – 1260, sondern nur gut 500 Mio. Franken gespart.

Dieser Sparbeitrag an die Demographiekosten der AHV reicht längerfristig bei weitem nicht aus, auch wenn vorübergehend die AHV-Rechnung etwas besser aussieht. Eine für alle Generationen tragbare, langfristige Rentensicherung mit möglichst geringen Mehreinnahmen ist nämlich ohne einen umfassenden Sparbeitrag an die demographiebedingten Mehrkosten nicht zu erzielen. Es bleibt zu hoffen, dass der Ständerat in dieser Beziehung noch einige Nachbesserungen vornehmen wird. Eckpfeiler der AHV-Revision sind das Rentenein-

heitsalter 65, die Abfederung des Rentenvorbezugs, die Angleichung von Witwen- und Witwerrente, die verlangsamte Rentenanpassung sowie die Schaffung der Verfassungs-



Hans
Kaufmann,
Leiter
Büro Bern

grundlage von Mehrwertsteuererhöhungen zugunsten der AHV von maximal 1,5 Prozentpunkten. In der Eintretensdebatte war man sich grundsätzlich einig darüber, dass die AHV finanziell konsolidiert und die Flexibilisierung des Rentenalters erweitert werden muss. Über das Wie gingen jedoch die Meinungen quer durch die politischen Lager weit auseinander. Bürgerliche Votanten bemängelten etwa, dass sich das bundesrätliche Konzept zur Sicherstellung der AHV-Finanzierung nur

auf den Zeitraum bis 2010 erstreckte, obwohl absehbar sei, dass der Altersquotient – und mit ihm die Finanzierungsprobleme im Sozialversicherungsbereich – bis 2040 stetig zunehmen werde. Oberstes Ziel müsse es deshalb sein, die Renten langfristig zu sichern, ohne die Soziallastquote zu belasten. Letztlich müssten deshalb Anreize zu längerer und nicht zu kürzerer Erwerbstätigkeit geschaffen werden. Auf eine soziale Abfederung des Rentenvorbezugs sei zu verzichten, hierfür seien gezielte Ergänzungsleistungen einzusetzen. Überhaupt sollte von einem Leistungsausbau abgesehen werden, dann seien in den nächsten 10 bis 15 Jahren keine neuen Steuern für die AHV erforderlich. Für grosszügige Mehrleistungen und gegen Einsparungen setzte sich hingegen vor allem die Linke ein.



Link:
www.economiesuisse.ch

Seite 2 ▶

economiesuisse: für duales System

economiesuisse begrüsst grundsätzlich die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes. Der Entwurf bedarf aber noch einer gründlichen Entschlackung.

Falsche Koppelung von Post und Swisscom

Die Post und die Swisscom sind zwei separate Unternehmen. economiesuisse ist daher gegen eine Koppelung dieser beiden Geschäfte in der Vernehmlassung, die der Swisscom mehr unternehmerische Freiheiten zuweist und eine Postbank vorstelt.

Seite 3 ▶

Die Beziehungen der Schweiz zur EU

Die Schweiz setzt in ihrem Verhältnis zur EU auf den bilateralen Weg. Die bevorstehenden neuen Verhandlungen sind für die Wirtschaft von geringerem Interesse als das gutgeheissene «Siebnerpaket».

Seite 4 ▶

Schweizer Hotellerie baut Internet aus

Die Schweizer Hoteliers bauen ihr interaktives Angebot aus und steigern die Attraktivität. Kunden können zwischen Last-Minute-Angeboten oder längerfristigen Leistungen auswählen.

Seite 4 ▶

Gut gemeintes Gesetz mit Unklarheiten und Folgekosten

Der Bundesrat hat im Dezember 2000 die Botschaft zum neuen Behindertengesetz verabschiedet. Das Parlament hat bis Ende 2002 Zeit, die Vorlage zu beraten, bevor sie frühestens im Jahr 2003 zur Abstimmung gelangen wird. Das neue Behindertengleichstellungsgesetz bezweckt

zweierlei: Erstens soll es den Auftrag der Bundesverfassung aus Artikel 8 Abs. 4 umsetzen. Konkret sollen Benachteiligungen behinderter Personen verringert oder beseitigt werden. Zweitens dient die Vorlage als indirekter Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative «Gleiche Rechte für Behinderte», welche in ihren Forderungen erheblich weiter geht als die bundesrätliche Gesetzesvorlage. Das Anliegen, Benachteiligungen oder gar Diskriminierungen

behinderter Menschen zu vermeiden oder wenigstens zu mildern, findet allgemein breite Unterstützung. Doch über deren konkrete Umsetzung gehen die Meinungen auseinander. Das vorgelegte Behindertengleichstellungsgesetz stösst denn auch allseitig auf Kritik. Die Wirtschaft, bürgerliche Parteien, einzelne Kantone und Betriebe des öffentlichen Verkehrs sehen teure, teilweise finanziell untragbare Anpassungskosten auf sich zukom-

men. Ausserdem wird mit der Einräumung subjektiver Rechtsansprüche eine Beschwerde- und Prozessflut befürchtet. Kaum überschaubar und bisher nur ungenügend abgeschätzt wurden die Kostenfolgen für Unternehmer, Hauseigentümer und Arbeitgeber. Eine Dokumentation von economiesuisse beleuchtet die Thematik aus Sicht der Wirtschaft.



Link:
www.economiesuisse.ch
www.arbeitgeber.ch

Ergebnis von Berlin ungenügend

economiesuisse ist enttäuscht und befremdet vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bundespräsident Leuenberger und dem Deutschen Verkehrsminister Bodewig hinsichtlich der Benützung des deutschen Luftraumes für den Anflug des Flughafens Zürich. Dem Flughafen Zürich kommt gesamtswissensrechtlich herausragende Bedeutung zu, bildet doch eine gute Anbindung an den internationalen Luftverkehr eine unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Volkswirtschaft. Aber auch Süddeutschland profitiert bewiesenermassen von Klotten. Dass das Problem des Fluglärms ernst genommen werden muss, ist unbestritten. Die Lösung kann aber nicht darin bestehen, dass einzelnen Regionen Konzessionen zulasten anderer eingeräumt werden, zumal der süddeutsche Raum vom viel lärmintensiveren Abflugverkehr kaum berührt wird.

Link:
www.economiesuisse.ch

Was uns gefreut hat

Vom Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsanstalten, der Mitglied von economiesuisse ist, haben wir im Anschluss an die Zustimmung der eidgenössischen Räte zum revidierten Konsumkreditgesetz vom 23. März 2001 folgendes Schreiben erhalten, das uns sehr gefreut hat: «Der Vorstand hat sich vor allem auch eingehend Rechenschaft darüber abgelegt, wem die Konsumfinanzierer im Kampf gegen ordnungspolitisch fragwürdige, ihre wirtschaftliche Existenz teilweise erheblich bedrohende Vorschriften das doch insgesamt erfreuliche Ergebnis zu verdanken haben. Ihre Organisation, die federführend war in der Arbeitsgruppe der Wirtschaft «Konsumkredit», hat die Maximen einer freiheitlichen, auf der Privatautonomie mündiger Bürgerinnen und Bürger aufbauenden Rechts- und Wirtschaftsordnung und damit die Interessen unserer Mitglieder mit grosser Fachkompetenz, hoher politischer Sensibilität und dementsprechend nachhaltig vertreten. Für diesen grossen Einsatz danken wir Ihnen. (...) Das Wissen um die hohe Effizienz Ihrer Organisation und den engagierten und kompetenten Einsatz der Exponenten Ihrer Organisation macht uns stolz, Mitglied von economiesuisse sein zu dürfen und stärkt unsere Zuversicht in die Erhaltung liberaler marktwirtschaftlicher Werte in unserem Land.»

Schwerpunkt

WTO: Für eine neue Welthandelsrunde

Im November 2001 findet in Katar die nächste WTO-Ministerkonferenz statt. Ziel muss es sein, den Handel mit Gütern und Dienstleistungen weiter zu liberalisieren.

Die Globalisierungsgegner werden unsere empirisch untermauerte These nicht teilen, wonach die weltweite Liberalisierung ein wirksames Instrument zur Verbesserung des Wohlstandes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Tatsache ist aber, dass alle Nationen von weiteren Öffnungen profitieren – mit eingeschlossen die Entwicklungsländer. Die letzte multilaterale Handelsrunde – die Uruguay-Runde – wurde im April 1994 abgeschlossen. Ein Versuch, eine weitere Welthandelsrunde 1999 in Seattle in Gang zu bringen, ist in erster Linie an der Uneinigkeit zwischen Europa und den USA gescheitert. Jetzt ist es an der Zeit, diesen wichtigen Prozess wieder in Gang zu setzen. Die Gelegenheit bietet sich an der kommenden WTO-Ministerkonferenz vom November 2001 in Doha, Katar.

Ziel einer solchen Runde muss es sein, den Handel mit Gütern und Dienstleistungen weltweit weiter zu liberalisieren, das multilaterale Handelssystem zu stärken und an die modernen Gegebenheiten anzupassen sowie die Entwicklungs- und Transformationsländer besser in dieses System einzubinden. Im Vordergrund sollen dabei der weitere Abbau von tarifarischen und nicht-



Gregor Kündig,
Mitglied der
Geschäfts-
leitung

tarifarischen Handelshemmnissen, die Erleichterung des Dienstleistungsaustausches, bessere und zuverlässigere Regeln für Direktinvestitionen und die Erleichterung der Zollabwicklung sein. Weitere wichtige Punkte sind Regeln für den Handel und die Entwicklung, der Ausbau der Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen, die Verbesserung des TRIPS-Abkommens (gewerblicher Rechtsschutz), die Verbesserung des Streit-

beilegungsverfahrens, die bessere Kontrolle der Anti-Dumpingregeln, die Erleichterung für den E-Commerce sowie eine Stärkung der Strukturen der WTO. Die Landwirtschaft wird ebenfalls ein wichtiges Verhandlungsdossier sein. Nach Auffassung der Mehrzahl der Interessenten sollen umfassende Verhandlungen geplant und diese wenn möglich innerhalb von drei Jahren abgeschlossen werden.

Interesse der Wirtschaft

Trotz der bisherigen Fortschritte bestehen für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen nach wie vor zahlreiche Handelshemmnisse. Diese Auffassung wird auch in Unternehmerkreisen im Ausland weitestgehend geteilt. Besonders die Europäer zeigen sich diesbezüglich derzeit sehr weltoffen. Auch in Entwicklungsländern nimmt das Lager jener zu, welche vermehrt Vorteile in der Öffnung der Märkte sehen. In den USA sind die Meinungen zum Teil noch gespalten. Wichtige amerikanische Wirtschaftskreise befürwor-

ten ebenfalls die rasche Aufnahme multilateraler Handelsverhandlungen. Andere, meist weniger wettbewerbsfähige Sektoren sind zurückhaltender. Seit wenigen Jahren spielen auch die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine zunehmend bedeutendere Rolle. Ihre Haltungen sind aber insgesamt wenig koordiniert und meist kritisch bis ablehnend. Nicht selten stehen sie im offenen Widerspruch zu den Anliegen der Entwicklungsländer, namentlich was die Bereiche Umwelt- und Sozialstandards betreffen.

EU und USA entscheidend

Entscheidend ob es zu einer neuen Welthandelsrunde im Gefolge von Katar kommt, sind aber sicher die grossen westlichen Handelsblöcke, nämlich die EU und die USA. Können sich diese auf eine Vorgehenslinie einigen, dürften die Chancen für eine erneute Liberalisierung auf weltweiter Ebene gut stehen, gewinnen aber kleinliche Differenzen die Oberhand, dann hat die gesamte Weltwirtschaft das Nachsehen.

Politik Schweiz

Wirtschaft für duales Rundfunksystem

economiesuisse begrüsst grundsätzlich die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes und anerkennt das staatspolitische Interesse an einem dualen System. Der Entwurf bedarf allerdings noch einer gründlichen Entschlackung.

Der Grundsatz, dass die privaten Anbieter vollständig in den freien Markt entlassen werden sollen und die SRG die Gebühren und einen Leistungsauftrag erhält, ist zu unterstützen. Der Verband der Schweizer Unternehmen fordert indes, dass die mit Gebühren finanzierten Programme auf je sechs TV- und Radioprogramme reduziert werden (heute sechs TV- und 16 Radioprogramme). Allfällige wei-

tere Programme müssten über den Markt finanziert werden. Es kann allerdings nicht das Ziel sein, die SRG in ein zu enges regulatorisches Korsett zu zwängen und mittels vom Bundesrat bestellten Gremien umfassend zu kontrollieren. Die SRG muss vielmehr die Möglichkeit erhalten, sich vom Subventionsempfänger zum ertragsorientierten Unternehmen zu wandeln.

economiesuisse fordert für private Radios die gleichen Werbevorschriften wie für Printmedien; die Werbevorschriften für private TV-Betreiber sollen zügig auf dem Niveau der Werbevorschriften des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (EÜGF) liberalisiert

werden. Zur Kompensation der Gebührengelder im TV-Bereich befürwortet economiesuisse eine asymmetrische Werberegulierung zugunsten der Privaten, die ausschliesslich durch quan-



René Buholzer,
Mitglied der
Geschäfts-
leitung

titative (d.h. maximale Werbezeit pro Stunde) und nicht qualitative (z.B. Werbebot für Heilmittel oder Sponsoring) Beschränkungen zu verwirklichen ist. Ebenso wichtig wie die Regelung des medienpolitischen erscheint economiesuisse eine Regelung des verbreitungstechnischen Be-

reichs. Das Zugangsrecht muss auf die Service-Public-Programme der SRG beschränkt werden; in allen anderen Fällen soll der Markt spielen. Die Verbreitung im Rahmen von Zugangsrechten ist zu marktüblichen Preisen zu entschädigen. Der Verband der Schweizer Unternehmen wendet sich ausserdem gegen staatliche Massnahmen zur Förderung der Vielfalt und Qualität des Medienangebots sowie die vorgesehenen Medienkonzentrationsbestimmungen. Schliesslich wird die Umgestaltung der heutigen Kommunikationskommission begrüsst; die Delegation der Rechtsnormen ist aber zu überprüfen, und die Zuständigkeiten müssen entbündelt werden.

Kommission für Wissenschaft und Forschung

An der letzten Sitzung der Kommission für Wissenschaft und Forschung vom 20. April 2001 ist Dr. François L'Eplattenier als Präsident dieser wichtigen Kommission verabschiedet worden. Dr. François L'Eplattenier war wäh-



Andreas Steiner, Präsident Kommission Wissenschaft und Forschung

rend seiner ganzen beruflichen Tätigkeit stets an der Schnittstelle von wissenschaftlicher Forschung und marktorientierter Umsetzung bzw. unternehmerischer Verantwortung. Als Chemiker der ETH Zürich führte ihn seine berufliche Tätigkeit zur Ciba AG, bei der er vom Industrieforscher bis zum für die gesamte Forschung verantwortlichen Mitglied der Konzernleitung aufstieg. Neben seiner beruflichen Tätigkeit stellte Dr. François L'Eplattenier seinen grossen Wissens- und Erfahrungsschatz zahlreichen Organisationen zur Verfügung. Davon durfte nicht zuletzt und wohl am intensivsten der frühere Vorort und die heutige economiesuisse profitieren. Dr. F. L'Eplattenier gehörte seit 1987 der Forschungskommission an, die er von November 1989 bis zu diesem Jahr präsidierte. Daneben gehörte er längere Zeit dem Forschungsrat des Nationalfonds an, und er war auch während zwölf Jahren Mitglied des ETH-Rats. Schliesslich stellte er seine grosse Schaffenskraft auch noch weiteren nationalen und internationalen Gremien zur Verfügung, insbesondere dem Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA (CSEM) in Neuenburg, deren Präsident er ist. Neuer Präsident der Kommission ist Dr. Andreas Steiner.

Zunahme der Bundessubventionen

Die Subventionen des Bundes beanspruchten im Jahr 2000 drei von fünf Bundesfranken. Der grösste Brocken entfällt auf die Soziale Wohlfahrt. Dies geht aus der Statistik «Bundessubventionen» hervor. Die Bundesbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mrd. Franken oder sechs Prozent gestiegen. Diese relativ kräftige Erhöhung ist auf die Verselbständigung der ETH zurückzuführen, was mit 1,71 Mrd. Franken zu Buche schlägt. Dagegen fielen im Berichtsjahr bei der Landwirtschaft die einmaligen Aufwendungen 1999 infolge der Umstellung auf die neue Milchmarktordnung weg.

Falsche Koppelung von Post und Swisscom

Die rechtlichen Grundlagen von Post und Swisscom sind zwei separate Geschäfte. economiesuisse wendet sich daher strikte gegen eine sachlich und finanzpolitisch verfehlte Koppelung der Vorlagen.

economiesuisse begrüsst die vorgeschlagene Flexibilisierung der Bundesmehrheit an der heute noch spezialgesetzlichen Swisscom AG. Die Swisscom ist dringend auf mehr unternehmerischen Freiraum angewiesen. Die vorgeschlagenen befristeten Kontrollrechte des Bundes sind aus der Vorlage zu streichen. Allfällige Erträge aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien sind ausschliesslich für den Schuldenabbau zur Verfügung zu stellen. Der Verband der Schweizer Unternehmen setzt sich für eine rechtzeitige Öffnung des schweizerischen Postmarktes ein. Um den Rückstand gegenüber der EU wettzumachen, muss die

Monopolgrenze rasch auf 350g gesenkt werden. Weitere Etappen bis zu einer kompletten Marktöffnung sollen mindestens im Gleichschritt mit der EU erfolgen. Private Anbieter müssen ohne Abgabe, aber nach klaren Regeln zum Postmarkt zugelassen werden. Dies liegt im Interesse der Postkunden. Die landesweite Grundversorgung ist dabei zu erhalten. Zur Kostenoptimierung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit braucht die Post ausreichenden unternehmerischen Spielraum. Es dürfen aber keine Quersubventionen von Monopol- zu Wettbewerbsbereichen zugelassen werden.

economiesuisse wendet sich nicht grundsätzlich gegen die Schaffung einer Postbank. Da im Bankensektor jedoch kein Marktversagen vorliegt, muss eine allfällige Postbank aus rein privaten Mitteln finanziert und organisatorisch, rechtlich und finanziell vom Rest der Post-

gruppe getrennt werden. Nur so lassen sich Wettbewerbsverzerrungen zulasten anderer Banken verhindern. Öffentliche Gelder sind aus Sicht von economiesuisse nicht in riskante Projekte zu investieren. Im Interesse gesunder Bundesfinanzen ist der finanzpolitische Spielraum für Steuerenkungen und den Schuldenabbau zu nutzen.

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) als wichtiger Schweizer Branchenverband spricht sich gegen die Schaffung einer Postbank aus. Der Staat sollte nur dort unternehmerisch tätig werden, wo die Versorgung durch den Markt nicht gewährleistet oder ungenügend sei. Dies aber sei beim Kreditmarkt offensichtlich nicht der Fall, heisst es. Die Strategie des Bundesrates orientiere sich zu stark am aktuellen Symptom der fehlenden Kostendeckung bei den traditionellen Postdienstleistungen.

Intern

Geschäftsstelle Lugano

Seit 20 Jahren ist economiesuisse in der italienischen Schweiz präsent. Die Geschäftsstelle Lugano wurde nämlich von der damaligen Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (proec) im November 1981 eröffnet. Geleitet wird sie seit 1998 von Stefano Modenini; das allgemeine Sekretariat wird von Erica Ostinelli wahrgenommen.



Stefano Modenini, Leiter Geschäftsstelle Lugano

Eine der Hauptaufgaben von economiesuisse Lugano ist die Koordination der Kampagnen für die eidgenössischen Abstimmungen. Diese Koordination geschieht durch intensive Kontakte mit der Tessiner Deputation der eidgenössischen Räte, mit den Wirtschafts- und Branchenverbänden im Tessin, mit der kantonalen Verwaltung, der Tessiner Regierung, dem kantonalen Grossrat sowie

natürlich mit den Medien. Eine weitere wichtige Aufgabe von economiesuisse Lugano ist die Gewährleistung eines Informationskanals für den Dialog zwischen der Tessiner Wirtschaft und dem Herz der Wirtschaftsverbände in Zürich. Damit können die besonderen Merkmale und die Anliegen der italienischen Schweiz besser bekannt und die Beziehungen zwischen dem Tessin und der übrigen Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht noch enger geknüpft werden.

Der breite Informationsaustausch dient auch den Interessen des Tessiner Finanzplatzes, dem Industriesek-

tor, dem Handel, dem Baugewerbe sowie dem Tourismus. Die italienische Schweiz hat in den letzten Jahren zunehmend eine Brückenfunktion zwischen der übrigen Schweiz und Italien, insbesondere der Lombardei und die anderen Regionen Norditaliens, übernommen. Durch die Kontakte mit den norditalienischen Wirtschaftsverbänden und mit der Schweizerischen Handelskammer in Mailand wird diese Funktion gestützt und verstärkt. Mit dem Besuch von Pressekonferenzen, der Organisation von thematischen Veranstaltungen mit anderen Wirtschaftsverbänden, der regelmässigen Veröffentlichung von Artikeln in der Presse und auch der Anwesenheit in den elektronischen Medien ist economiesuisse auch im Tessin eine anerkannte Wirtschaftsorganisation.

Personelles

Josiane Masera im Ruhestand

Auf Ende April ist Josiane Masera, Direktionsassistentin von economiesuisse, nach über vier Jahrzehnten Tätigkeit für den Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein (Vorort) und economiesuisse in den Ruhestand getreten. Josiane Masera war die amtsälteste Mitarbeiterin, trat sie doch bereits im Januar 1961 in den damaligen Vorort ein und hielt ihm während über 40 Jahren die Treue.

Josiane Masera erlebte insgesamt fünf Direktoren und verfolgte eine wichtige Epoche der schweizeri-



Frau Josiane Masera

schen Wirtschaftspolitik an vorderster Front. 1985 wurde sie zur Direktionssekretärin und Prokuristin ernannt. Damit war sie nicht nur die rechte Hand des jeweiligen Direktors, sondern gleichzeitig auch verantwortlich für die Buchhaltung. Diese Vertrauensstellung rechtfertigte sie in jeder Hinsicht. Ihre Einsatzbereitschaft, ihre Zuverlässigkeit und ihre Diskretion waren sprichwörtlich. Wir lassen Josiane Masera deshalb nur ungern ziehen, doch freuen wir uns, dass sie uns noch während eines Jahres teilweise für Fragen der Buchhaltung zur Verfügung steht. Im Namen der Geschäftsführung von economiesuisse danken wir Josiane Masera für ihren grossen Einsatz und ihre Kollegialität, die wir in all den Jahren erfahren durften, und wünschen ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute, vor allem etwas mehr Musse im Kreise ihrer Familie.

Ab März 2002: neue Telefonnummern

Am 29. März 2002 tritt in der Schweiz eine neue Nummerierung bei den Telefonnummern in Kraft. Die Vorwahl- und Rufnummern bleiben wie bisher bestehen; neu ist aber die Vorwahlnummer immer mitzuwählen. Alle Rufnummern werden dadurch zehnstellig. Davon ausgenommen ist die Netzgruppe 01, wo die Vorwahl zwischen den Jahren 2005 und 2007 automatisch durch 044 ersetzt wird. Neue Abonnenten in der Netzgruppe 01 können die neue zehnstellige Nummer mit 044 oder 043 bereits ab März 2002 erhalten.



Link: www.num2002.ch

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf dem bilateralen Weg

Mit dem klaren Nein von Volk und Ständen vom 4. März 2001 zur Initiative «Ja zu Europa» sind die integrationspolitischen Weichen für die absehbare Zukunft gestellt worden. In den nächsten Jahren wird die bilaterale Annäherung zwischen der Schweiz und der EU weiter verfolgt.

Der bilaterale Weg ist derzeit im Verhältnis Schweiz-EU der einzig zur Verfügung stehende Ansatz, welcher eine weitere Annäherung an die EU ermöglicht. Angesichts des lebhaften Interesses der EU, die Bereiche Zollbetriebsbekämpfung und Zinsbesteuerung zu regeln, sind dem bilateralen Weg durchaus gute Chancen einzuräumen. Gesamt-

haft betrachtet werden die bevorstehenden Verhandlungen für die Wirtschaft zweifellos von geringerem Interesse sein als das so genannte «Siebnerpaket» (sieben bilaterale Abkommen, die in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 gutgeheissen wurden).

Positive Interessen hat die Wirtschaft in den Bereichen Dienstleistungen, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte und Fiskalität. Problematisch hingegen ist für die Wirtschaft insbesondere der gesamte Bereich der Zinsbesteuerung mit der damit verbundenen Absicht der EU, einige wenige Drittländer in eine Art extra-territoriale Besteuerung einzubinden. Die Schweizer Wirtschaft erwartet vom Bundesrat in der Frage der Zinsbesteuerung eine harte und entschlossene Haltung, geht es doch

dabei um die Wettbewerbsstellung des Finanzplatzes Schweiz. Unser Eindruck bleibt bestehen, dass es bei dieser Materie in erster Linie um die Frage der Rahmenbedingungen der weltweit wichtigsten Finanzplätze geht. Das Bankkündengeheimnis ist nicht verhandelbar. Muss die Schweiz die Kröte einer Zahlstellensteuer schlucken, so soll sie darauf insistieren, dass andere wichtige Forderungen vollumfänglich erfüllt werden. Der Abbau der Personenverkehrskontrollen an der Grenze und der Einbezug in das Schengen Visa-System stossen bei der Wirtschaft auf Interesse, aber auch auf Skepsis. Die übrigen Themen sind von minderer Bedeutung



Link:
www.economiesuisse.ch

Impressum

Herausgeber:
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Verantwortliche Redaktion:
Stefan Kern
Adresse:
Hegibachstrasse 47,
Postfach, 8032 Zürich
Telefon: 01/421 35 35
Fax: 01/421 34 34
E-Mail:
stefan.kern@
economiesuisse.ch
Web:
www.economiesuisse.ch
Erscheinungsweise:
monatlich
Gestaltung:
Layout 88 GmbH, Zürich
Druckstufe und Druck:
Druckerei
Kocherhans AG, Zürich

Vernehmlassungen

4. Mai 2001

Grundversorgung mit Fernmeldediensten: Konsultation zu einer Revision der Verordnungsbestimmungen
Kontakt: rene.buholzer@economiesuisse.ch

15. Mai 2001

Bericht Expertenkommission des EFD zur Überprüfung der Bestimmungen über Bankensanierung, Bankliquidation und Einleger-schutz
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

20. Mai 2001

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch

Personen im Ausland (BewG)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

19. Juni 2001

Armeeleibild und Revision der Militärgesetzgebung
Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

25. Juni 2001

Zollgesetz: Totalrevision
Kontakt: gregor.kuendig@economiesuisse.ch

30. Juni 2001

Revision des Nationalbankgesetzes
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.

Dokumentation

- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- **«Europa – Optionen und Hausaufgaben»**
Broschüre, 48 Seiten, gratis.
- **«Wirtschaftspolitisches Jahrbuch SHIV»** (Vorort)
Ausführungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Ausgabe 1999. Taschenbuch, 204 Seiten, Fr. 35.–.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich, gratis.
- **«Kapitalgewinnsteuer»**
Argumentarium für Medien, Politiker und politisch Interessierte. Gratis.
- **«Facts der Wirtschaft»**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5 Mal jährlich, gratis.
- **«Newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.

Die Schweizer Hotellerie: im Netz gut vertreten



Christian Rey, Präsident des Schweizer Hotelier-Vereins (SHV)

Die Schweizer Hoteliers haben nicht die neuesten Entwicklungen des Internets abgewartet, um sich im Web zu profilieren. Nach Auskunft von Christian Rey, Präsident des Schweizer Hotelier-Vereins (SHV) und Vorstandsmitglied von economiesuisse, sind auf der Site des Vereins zusätzliche Verbesserungen geplant. Das Internet erleichtert Reservationen und verbessert den Anschluss von Hotels in Randregionen, was in einem Land mit einem sehr vielfältigen Angebot nicht unerheblich ist.

Unter der Adresse www.swiss-hotels.ch finden Surfer die Site des SHV, wo sie Last-Minute-Angebote oder längerfristige Leistungen auswählen können. Das gewünschte An-

www.swiss-hotels.ch
www.myswitzerland.com
www.amazon.com
www.easyjet.com

gebot lässt sich mittels neun Kriterien genauer festlegen, indem man sich zum Beispiel für Sport- und Wandermöglichkeiten, für ein gesundheitsförderndes Angebot (Wellness), für einen (romantischen) Aufenthalt zu zweit oder für Familienferien zu günstigen Bedingungen in der Region seiner Wahl entscheidet.

Die Leistungen der Schweizer Hoteliers sind auch über das Portal von Schweiz Tourismus – myswitzerland.com – zugänglich. Auf dieser sehr vielfältigen Site kann sich jeder Gast über die kulturellen Veranstaltungen in der ganzen Schweiz und über Last-Minute-Angebote von Hotels informieren. Zudem können auf einem persönlichen Konto alle

interessanten Angebote zusammengestellt werden.

Der SHV möchte auch den Kontakt zu seinen Mitgliedern ausbauen, wie Christian Rey erklärt. Zu diesem Zweck wird gegenwärtig ein Intranet entwickelt, über das in zwei Jahren alle Hoteliers mit dem Verein vernetzt sein werden. Das Ziel besteht darin, die Kommunikation zu verbessern und Unterstützung und Beratung anzubieten. Christian Rey selbst informiert sich häufig über das Internet. Er nutzt vor allem die Sites der amerikanischen Zeitungen. Finanzinformationen beschafft er sich unter der Adresse reuters.com. Seine alltäglichen Einkäufe wickelt Christian Rey noch nicht über das Internet ab, doch ab und zu bestellt er Bücher bei Amazon.com. Auch bestimmte Flugtickets sowie sein Hotelzimmer reserviert er über das Netz.

Das Internet bringt enorme Erleichterungen, sowohl für die Kunden wie für die Erbringer von Dienstleistungen. Christian Rey setzt deshalb berechnete Erwartungen in die Anerkennung der elektronischen Unterschrift: Über das Internet eingegangene Verpflichtungen erhalten damit erheblich mehr Gewicht.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Name, Vorname

Funktion

Firma

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail